DIE LINKE.
IM KREISTAG HEINSBERG

http://www.dielinke-heinsberg.de

DIE LiNKE im Kreistag Heinsberg * 52523 Heinsberg

Herrn Landrat Pusch
Im Hause

linksfraktion@kreis-heinsberg.de

Kreishaus
Valkenburgerstraße 45
52525 Heinsberg

+49 02452 13-1760

Fraktionen im Kreistag zur Kenntnis

Heinsberg, 05.November 2015

Antrag nach §5 GeschO - Einführung einer Gesundheitskarte für die Flüchtlinge im Kreis Heinsberg und seine Kommunen.

Sehr geehrter Herr Landrat,

bezugnehmend auf unseren Antrag vom 23.04.2015 – Gesundheitsprogramm für Flüchtlinge, möchten wir die Kreisverwaltung, und Sie als Landrat des Kreises Heinsberg, bitten, sich an die Kommunen zu wenden, um dort für die Gesundheitskarte zu werben.

Begründung:

Die Kommunen werden angesichts steigender Flüchtlingszahlen an ihre Grenzen stoßen. Für Flüchtlinge ist der Weg zur medizinischen Versorgung bürokratisch und schwierig. Ohne den Behandlungsschein von der Kommune darf ein Arzt den Patienten nicht behandeln.

Mittarbeiter*Innen der Kommunen – in der Regel ohne medizinische Ausbildung – müssen entscheiden, ob eine akute Erkrankung vorliegt und ob ein Arztbesuch erforderlich ist. Später müssen die dann die einzelnen Arztrechnungen prüfen. Erhält der Patient eine Überweisung zur Weiterbehandlung, müssen die Mitarbeiter*Innen der Kommune über die Notwendigkeit und Unaufschiebbarkeit weiterer Maßnahmen der Behandlung entscheiden. Wertvolle Zeit geht hierbei

Fraktionsvorsitzende Silke Otten | Stv. Fraktionsvorsitzender Ullrich Wiehagen | Kreissparkasse Heinsberg 140 196 7037 BLZ 312 512 20 | Valkenburger Straße 45 D-52525 Heinsberg

für den Patienten, gerade in akuten Fällen, verloren. Mit der Gesundheitskarte entfällt der Entscheidungs- und Prüfaufwand.

Die Erfahrungen in Hamburg und Bremen zeigen, dass es dort zu Einsparungen in der jeweiligen Verwaltung gekommen ist. Die Gemeinden profitieren außerdem von Rabattvereinbarungen und anderen Instrumenten der gesetzlichen Krankenversicherung. Überdies eröffnet die Rahmenvereinbarung die Evaluation der Ausgabenentwicklung und der an die Kassen zu zahlenden Verwaltungskosten nach einer gewissen Vertragslaufzeit.

Die Krankenkassen rechnen die ihr entstandenen Ausgaben kalendervierteljährlich mit der jeweils zuständigen Gemeinde ab (Spitzabrechnung).

Das Innenministerium hat schriftlich bestätigt, dass auch Gemeinden, die sich in der Haushaltssicherung oder vorläufigen Haushaltsführung befinden, der geplanten Rahmenvereinbarung beitreten können. Kommunalaufsichtliche Belange würden dem nicht entgegenstehen.

Das wir, der Kreis Heinsberg und seien Kommunen, unsere Flüchtlinge herzlich willkommen heißen, und ihnen die Integration so leicht wie möglich machen sollten, dazu gehört unserer Meinung nach auch die Gesundheitskarte. Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht.

Mit freundlichen Grüßen
Fraktion DIE LINKE im Kreis Heinsberg

Silke Otten
Gez. Fraktionsvorsitzende

Fraktionsvorsitzende Silke Otten | Stv. Fraktionsvorsitzender Ullrich Wiehagen | Kreissparkasse Heinsberg 140 196 7037 BLZ 312 512 20 | Valkenburger Straße 45 D-52525 Heinsberg